

Nicola Forster / Andreas Schwab

Schweiz und Europa

Eine politische Analyse

HERDER 

FREIBURG · BASEL · WIEN



MIX
Papier aus verantwor-
tungsvollen Quellen
FSC® C014496

© Verlag Herder GmbH, Freiburg im Breisgau 2022

Alle Rechte vorbehalten

www.herder.de

Satz: ZeroSoft SRL

Herstellung: GGP media GmbH

Printed in Germany

ISBN Print: 978-3-451-38972-6

ISBN E-Book (EPUB): 978-3-451-82316-9

ISBN E-Book (PDF): 978-3-451-82258-2

Inhalt

Vorwort der Autoren	7
Politische Beiträge	11
Jean-Claude Juncker, Doris Leuthard, Johannes Hahn, Christoph Blocher und Winfried Kretschmann	
1. Die Schweiz in Europa – Mythen und Fakten	23
1.1. Einigkeit und Freiheit – Gründungsmythen und die alte Eidgenossenschaft.	24
1.2. Neutralität und Souveränität – Grundwerte Schweizer Außenpolitik	36
1.3. Der Sonderfall Schweiz im Zeitalter der Nationalstaaten	58
1.4. Souveränität und Neutralität im 21. Jahrhundert.	68
2. Schweizer Europapolitik zwischen Konkordanz und Volksabstimmung	83
2.1. Die Konkordanz als Gegenstück zur direkten Demokratie ...	83
2.2. Die Schweizer Konkordanz im internationalen Vergleich	86
2.3. Die „Zauberformel“ und ihre Grenzen	87
2.4. Die schwierige Rolle des Bundesrates	91
3. Die Schweiz in Europa – Zahlen und Verträge	97
3.1. Bilaterale Verträge statt Integration – Die Positionierung der Schweiz in der internationalen Handelsordnung	100
3.2. Europa fährt zweigleisig: Von der Montanunion zur EWG und der Freihandel innerhalb der EFTA	102
3.3. Die Schweiz zwischen GATT und EU-Freihandelsabkommen	104
3.4. Das Freihandelsabkommen von 1972 als Grundlage des zollfreien Warenverkehrs	107
3.5. Stationen des bilateralen Weges	109
3.6. Was kostet der Wegfall der Bilateralen?	113
4. Das Rahmenabkommen als ein Weg in eine neue bilaterale Zukunft.	117
4.1. Der bilaterale Weg und seine Grenzen	118

4.2. Politische Konflikte wegen fehlender Streitschlichtungsmechanismen	126
4.3. Innerschweizer Auseinandersetzungen um das Freizügigkeitsabkommen	136
4.4. Der lange Weg zum Rahmenabkommen	148
5. Alternativen zum Rahmenabkommen	165
5.1. Der missglückte EWR-Abstimmungskampf	169
5.2. Das Trauma – und wie es „à la Norvégienne“ bewältigt werden könnte	171
5.3. EWR 2.0 – eine realistische Option?	173
5.4. Der Brexit – ein Vorbild für die Schweiz?	176
5.5. Die unterschiedlichen Anforderungen der Schweiz und des Vereinigten Königreichs an eine Zusammenarbeit mit der EU	184
6. Ausblick.	195
7. Conclusion (English version)	205
8. Conclusion (version française)	213
Anhang	223
Anmerkungen	223
Bildnachweise	253

Vorwort der Autoren

Die Schweiz ist ein attraktives Land. Nicht nur wegen der wunderbaren Alpenlandschaft, sondern auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Viele internationale Firmen haben hier ihren Hauptsitz, teilweise aus steuerlichen Gründen, aber auch weil das Land eben mitten in Europa liegt, über eine hervorragende Infrastruktur verfügt und weil gut ausgebildete Menschen dort leben. Gerade in Deutschland beneiden viele die Schweiz und ihre Einwohner: um ihre Unabhängigkeit, um die direkte Demokratie, um den Schweizer Franken und andere Eigenheiten. Dabei wird gelegentlich übersehen, dass die politische, wirtschaftliche und soziale Lage der Schweiz in hohem Maße abhängig ist von den Beziehungen zu ihren europäischen Nachbarstaaten. Diese Nachbarstaaten haben sich, mit Ausnahme von dem der Schweiz eng verbundenen Liechtenstein, in der Europäischen Union politisch und wirtschaftlich zusammengeschlossen. Die Schweizerinnen und Schweizer haben sich 1992 per Volksabstimmung gegen eine Teilnahme am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) und somit eine enge Anbindung an die EU entschieden.

In den vergangenen 30 Jahren war es aber immer wieder erforderlich, die Zusammenarbeit zwischen der Schweizer Eidgenossenschaft und den Nachbarstaaten in der europäischen Union neu zu regeln und zu verbessern, und zwar im Interesse der europäischen wie auch der Schweizer Seite. Das seither gemeinsam entwickelte Netz der über 120 bilateralen Verträge ist zwar erfolgreich und wurde in vielen Volksabstimmungen von der Schweizer Bevölkerung unterstützt – es ist aber auch enorm komplex.

Wir wollen – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – die Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union historisch einordnen und die aktuellen Fragen von beiden Seiten beleuchten. Es ist unseres Wissens das erste Buch mit Sichtweisen von beiden Seiten der Grenze, die im Dialog miteinander das komplizierte Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU ergründen und gemeinsame Wege in

die Zukunft suchen. Als Autoren bringen wir dafür unterschiedliche Erfahrungen mit.

Als Mitglied des Europäischen Parlamentes kümmert sich Andreas Schwab schon seit 2004 um Fragen der Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Schweiz. Seit 2019 ist er auch als Vorsitzender der Delegation des Europäischen Parlaments immer wieder gefordert, Missverständnisse zwischen der Schweiz und der Europäischen Union zu lösen und darauf zu drängen, dass ein historisch gewachsenes Miteinander niemals aus den Augen verloren wird. Als geborener Rottweiler liegt ihm die Zusammenarbeit mit der Schweiz gewissermaßen im Blut, war doch die freie Reichsstadt Rottweil zwischen 1519 und ca. 1632 als der Schweiz zugewandter Ort ein Mitglied der Eidgenossenschaft.

Als Gründer des Think-Tanks foraus – Forum Aussenpolitik begleitet Nicola Forster seit über zehn Jahren die schweizerische Europapolitik mit frischen Ideen. Heute ist er Präsident der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft (SGG), die mit der sagenumwobenen Rütli-Wiese die „Wiege der Schweiz“ verwaltet. Daneben ist er Co-Präsident der Grünliberalen Partei des Kantons Zürich, des Staatslabors und der Stiftung Science et Cité, Vorstandsmitglied der Akademien der Wissenschaften und der Asia Society Switzerland sowie Mitglied der vom Bundesrat ernannten schweizerischen UNESCO-Kommission. Er hat sich auch als Gastwissenschaftler der deutschen Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Brüssel mit dem Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU befasst.

Aus Gründen der einfacheren Lesbarkeit nach dem Vorbild der gängigen Tageszeitungen haben wir uns darauf verständigt, die substantivierte (z. B. Studierende) oder eine inklusive Schreibweise (z. B. Bürgerinnen und Bürger oder BürgerInnen) zu verwenden, was aber alle Menschen, die dieses Buch lesen oder darin erwähnt sind, einbeziehen soll. Um das Buch für deutsche wie auch schweizerische Leserinnen und Leser interessant zu machen, haben wir unterschiedliche nationale Perspektiven sowohl auf die Geschichte als auch auf die Gegenwart herausgearbeitet. Diese unterschiedlichen Perspektiven haben zwischen den Autoren immer wieder zu Diskussionen und oft, aber nicht immer, zu einem besseren gegenseitigen Verständnis geführt. Um der Leserschaft die teils individuellen Sichtweisen der beiden Autoren transparent zu machen, sind an einigen Stellen im Buch auch kurze Abschnitte

in der Ich-Perspektive zu lesen; dabei wird aber der Name des jeweiligen Autors immer deutlich gemacht.

Aus unserer Sicht wird es für die zukünftige Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und der EU entscheidend sein, ob es gelingt, auf Schweizer Seite ein größeres Verständnis für das Europäische Projekt und die dahinter stehende Zusammenarbeit von insgesamt 27 Mitgliedstaaten zu schaffen. Das ist angesichts vielfältiger Kritik an der EU und nach vollzogenem Austritt Großbritanniens nicht einfach. Der Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine hat aber in jüngster Zeit auch in der Schweiz zu einer neuen Sicht auf die europäischen Institutionen geführt. Insofern haben die Arbeiten zu diesem Buch viele Fragen an die Europäische Union aufgebracht und – nicht nur aus dem Schweizer Blickwinkel – neu bewertet. Aber auch auf europäischer Seite wird es ein Verständnis für die Eigenheiten dieses kleinen, aber wirtschaftlich starken Landes inmitten Europas brauchen, das sein Selbstverständnis als Sonderfall hochhält.

Wir wollen mit diesem Buch den Blick für die vielfältigen Verbindungen zwischen Europa und der Schweiz schärfen und einen Beitrag zu einer gesellschaftlichen Debatte in der Schweiz und in der EU leisten. Schließlich wollen wir uns auf das Verbindende und nicht auf das Trennende konzentrieren. Denn sowohl die Schweiz als auch die Europäische Union wollen politisch ja gerade das, was sie ausmacht, in der globalen Welt erhalten. Das ist vor allem die freiheitlich demokratische Grundordnung mit den nicht in allen Ländern dieser Welt akzeptierten liberalen Werten der Meinungsfreiheit, der Gleichberechtigung und dem Grundsatz der Nichtdiskriminierung. Diese Werte langfristig zu verteidigen ist eine Aufgabe, der sich kein westliches Land verweigern darf.

2022 ist ein Jahr der Jubiläen: Vor 50 Jahren unterzeichnete die Schweiz mit der damaligen EWG das Freihandelsabkommen, und vor genau 30 Jahren lehnte sie den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum EWR ab – höchste Zeit für eine Bestandsaufnahme und einen gemeinsamen Blick in die Zukunft.

Ja, die Diskussion über das „richtige“ Verhältnis der Schweiz zur Europäischen Union zieht sich seit Jahrzehnten hin und ist bis heute nicht abgeschlossen. Wir konnten in diesem Buch die Entwicklungen bis zum Redaktionsschluss Mitte September 2022 aufnehmen.

Es ist uns wichtig, an dieser Stelle den großen Anteil all derer zu erwähnen, die zum Entstehen beigetragen haben. Dankbar sind wir für die vielfältigen Hinweise aus dem Abgeordnetenbüro von Andreas Schwab, insbesondere Norbert Lins (inzwischen selbst MdEP), Julia Sauer, Amelie Giesemann, Christoph Koch, Theodora Korkas, Christiane Nitze, Nina Ferreira, Malte Piontek, Jana Louise Person, Carmen Lembo, François Meier, Nils Steinhoff sowie Friedemann Kawohl, Thomas Bickl und Collin Ermans. Darüber hinaus wurde das Lektorat mit vielen nützlichen Hinweisen von Prof. Christa Tobler, Prof. André Holenstein, Till Burckhardt, Laura Rutishauser, Andreas Müller, Stephan Israel und Niklaus Nuspliger unterstützt. Ihnen allen – und auch allen Ungenannten – gebührt unser großer Dank!

Wir danken dem Verleger Manuel Herder und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Miriam Eisleb, Florentine Schaub und Patrick Oelze, ohne deren Unterstützung und Geduld das Buch nie erschienen wäre. Schließlich möchten wir unseren Partnerinnen danken, deren Geduld gelegentlich auf die Probe gestellt wurde.

Gemeinsam haben wir uns entschieden, die möglichen Verkaufserlöse, die über die Herstellungskosten dieses Buches hinausgehen, für die Unterstützung der Geflüchteten aus der Ukraine an das Schweizerische Rote Kreuz zu spenden. Die Bewältigung der Folgen des Überfalls auf dieses europäische Nachbarland ist derzeit sicher das größte europäische Projekt überhaupt. Die Schweiz und die Staaten der Europäischen Union sollten sich dieser Aufgabe auf Dauer gemeinsam verschreiben!

Brüssel/Zürich im September 2022
Nicola Forster und Andreas Schwab

„Bewunderung“

von Jean-Claude Juncker

Die Schweiz ist ein Land, für das ich größte Bewunderung hege. Die Klugheit des schweizerischen Volkes, die Umsicht der Regierenden in Bern und die Offenheit der Schweiz werden in anderen Teilen Europas oft verkannt. Darum bezeichne ich mich als Freund der Schweiz.

Die Europäische Union und die Schweiz sind heute stark verwoben – wirtschaftlich wie politisch. Die europäische Union hat für ihre sehr diversen Mitglieder mehr Wohlstand und echte Aufstiegschancen geschaffen. Aber die EU ist mehr als eine Wirtschaftsgemeinschaft – ihre Institutionen haben innerhalb von zwei Generationen dort für nachhaltigen Frieden und Demokratie gesorgt, wo in den vergangenen Jahrhunderten Feindschaft und Krieg herrschten. Die Schweiz liegt seit jeher im Herzen der europäischen Union und hat darum stark von der Ordnung und der Prosperität der europäischen Integration profitiert.

Ohne die EU in ihrer jetzigen Form ginge es der Schweiz heute längst nicht so gut. Das liegt auch daran, dass die EU der Schweiz eine Teilnahme an der Wohlstandsmaschine europäischer Binnenmarkt durch die bilateralen Abkommen ermöglichte. Aber je weiter die Integration des Binnenmarktes voranschritt, umso klarer zeichnete sich die Notwendigkeit eines institutionellen Rahmens der EU-Schweiz-Beziehungen ab. Während meiner Zeit als Präsident der Europäischen Kommission setzte ich mich darum mit Nachdruck für einen „neuen Freundschaftsvertrag“ ein, um Prosperität und Frieden langfristig zu teilen.

Umso mehr habe ich es bedauert, dass im Mai 2021 die Verhandlungen zum institutionellen Rahmenabkommen aus schweizerischen innenpolitischen Gründen scheiterten. Bis heute respektiere ich jedoch die Entscheidung des Bundesrates. In meinen Augen gibt es leider noch keine sinnvollen Alternativen zum Rahmenabkommen. Man könnte noch an wenigen Ecken des Abkommens von 2021 feilen, aber ein besseres Gesamtergebnis wird man nicht erzielen können. Nun gilt es ab-

zuwarten, was der Meinungs Austausch zwischen der Schweiz und der Kommission erreichen kann. Als souveränes Land muss die Schweiz eben auch ihren eigenen Platz in Europa finden.

Jean-Claude Juncker

Präsident der Europäischen Kommission (2014–2019)

Ministerpräsident von Luxemburg (1995–2013)

„Nüchtern betrachtet“

von Doris Leuthard

Zu Beginn meiner Amtszeit 2006 war das damalige Integrationsbüro dem EDA (Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten) und dem EVD (Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement) unterstellt. Auf alle europarechtlichen Anträge an den Bundesrat mussten sich somit die beiden Departemente verständigen, konnten aber so bereits vieles vorsehen. Damals hatte sich die EU gerade erweitert um die Oststaaten. Ein großer Erfolg, welcher den Frieden in weiteren Teilen Europas sicherte und Millionen von Menschen eine bessere Zukunft bot. Mit dem heutigen Krieg in der Ukraine hat die damalige Erweiterung erst recht ihre große Bedeutung bekommen, und es erklären sich die große Hilfsbereitschaft etwa der Polen in der Aufnahme von Flüchtenden, aber auch die Angst der baltischen Staaten.

Per 26. November 2006 kam damals das Osthilfegesetz zur Abstimmung, welches die Rechtsgrundlage für die sogenannte Kohäsionsmilliarde an die zehn neuen EU-Mitglieder darstellte. Der eigene Weg der Schweiz mit einem Auszahlungsmodus in unseren Händen statt in den EU-Fonds fand Anklang und erlaubte eine gezielte Unterstützung. In guter Erinnerung sind mir die späteren Zeremonien der Unterzeichnung des jeweiligen Landesvertrags mit den zuständigen Ministern. Damit waren eine gute bilaterale Basis und Verständnis für die Schweiz, aber auch Wohlwollen für die finanzielle Unterstützung gelegt.

Mit dem Beitritt Bulgariens und Rumäniens zur EU per 1. Januar 2007 stand die Personenfreizügigkeit bzw. deren Ausdehnung auf die neuen Mitglieder erneut zur Diskussion. Der für den Bundesrat erfreuliche Ausgang der Abstimmung darüber am 8. Februar 2009 war ein wichtiger Meilenstein mit großer Unterstützung der Schweizer Bevölkerung. Man vergisst leicht, dass trotz bundesrätlicher Beschlüsse bis heute ein zweiter Kohäsionsbeitrag offen und strittig ist. Das erklärt teils auch das Unverständnis bzw. die Ungeduld aufseiten der EU nach so vielen Jahren – dies im Gegensatz zu den EWR-Mitgliedern. Was aus Sicht der EU eine Selbstverständlichkeit darstellt und mit dem Zugang zum Binnen-

markt aller EU-Staaten verknüpft ist, wird in der Schweiz als erhebliche Zahlung wahrgenommen, wofür man etwas zusätzlich erhalten sollte.

Nüchtern betrachtet bestehen nach wie vor Disparitäten zwischen den EU-Mitgliedern. Polen, ein Hauptprofiteur der Kohäsionsgelder, hat sich wirtschaftlich rasant entwickelt, was bei Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Kroatien nicht gleich aussieht. Man sieht dies etwa am großen Lohngefälle. Die Schweiz mit ihrem hohen Exportanteil hat ein Interesse an einem starken Europa, einem stabilen Europa und einer EU mit einem prosperierenden Binnenmarkt. Man sollte weiterhin zusammenarbeiten und sich gegenseitig unterstützen. Sowohl im Bereich der Fachkräfte als auch der saisonal anfallenden Arbeiten profitieren wir vom Zugang und unkomplizierten Austausch von Arbeitskräften. Umgekehrt können Schweizer Firmen in diesen Ländern auf eine gute Ausbildung, Rechtsstaatlichkeit und -sicherheit zählen. Der gemeinsame Binnenmarkt ist auch ein Schutzfaktor vor Willkür, Enteignung und anderen Risiken.

Ja, die EU hat uns auch gepiesackt. In meinem ersten Präsidentschaftsjahr war noch José Manuel Barroso Kommissionspräsident. Er war „not amused“, jedes Jahr eine andere Person aus dem Bundesrat zu treffen. Für die Durchsetzung unserer Anliegen war der Wechsel im Bundespräsidium daher nicht von Vorteil. 2017 dann das Treffen mit Jean-Claude Juncker: Wir wollten beide nach sieben Jahren Gesprächen zum Rahmenabkommen die offenen Fragen einer Lösung zuführen. Er reiste dafür in die Schweiz, was vor ihm lange kein Kommissionspräsident mehr gemacht hatte. Juncker schlug nach Diskussionen zu unserer Verwunderung – und entgegen dem Vorhaben seines Chefunterhändlers – betreffend der Gerichtsbarkeit ein Modell vor, das später mit der Schiedsgerichtslösung im Rahmenabkommen verankert wurde. Eine gute Lösung, die beiderseits größtmögliche Souveränität gewährt, aber auch anerkennt, dass es für den gemeinsamen Binnenmarkt nicht unterschiedliche Spielregeln geben kann. Einheitliche Regeln geben Rechtssicherheit für alle, sind planbar, nachvollziehbar und durchsetzbar. Märkte leben von Regeln und Unternehmen, die sich innerhalb dieser Regeln dem Wettbewerb stellen. Würde sich das EU-Recht wider Erwarten in gewissen Fragen in eine komplett andere, für uns schädliche Richtung bewegen, hätten wir das Recht der Ablehnung mit entsprechenden Folgen bzw. Ausgleichsmaßnahmen. Wenn sich Widerstand gegen eine solche Regelung erhebt, so verkennt man, dass es in einem gemeinsamen

Binnenmarkt nicht unterschiedliche Rechtsprechungen geben kann. Zweitens sind Gerichte unabhängig, unpolitisch. Sie müssen sich an Gesetze und Richtlinien halten und diese auslegen. Man kann Gerichten nicht Willkür vorwerfen; die Schweiz hätte aus politischen Gründen schlechtere Karten. Drittens gab und gibt es nicht viele Verfahren. Es sind in der Regel Unternehmen, die Regeln verletzen im Binnenmarkt oder angeklagt werden von der Konkurrenz oder Kunden.

Uneinig waren Jean-Claude Juncker und ich beim Tempo – ein Dauerthema zwischen der Schweiz und der EU. Die Bedeutung der Kantone in der Außenpolitik wird von der EU unterschätzt, wie auch unsere demokratischen Abläufe mit Vernehmlassungen, Beratungen im Parlament und meist Referenden. Das braucht Zeit, austarierte Ergebnisse, sodass der Bundesrat Abstimmungen gewinnt und nicht vor einem Scherbenhaufen steht. Der EU ist zugutezuhalten, dass wir uns in den letzten zehn Jahren reichlich Zeit genommen haben mit Reformen und klaren Entscheiden – und das hat die Geduld strapaziert. Es gab in der Schweiz immer wieder Interventionen. Mal waren die Bundesratsparteien kritisch, dann die Kantone, dann die Gewerkschaften, oder die Wirtschaft war uneins. Meist tragen wir solche Differenzen auch in aller Öffentlichkeit aus, was die Verhandlungen erschwert.

Nun hat der Bundesrat 2021 die Verhandlungen als gescheitert erklärt und einseitig abgebrochen. Bis heute sind wir keinen Schritt weitergekommen. Der Bundesrat will dieselben Fragen nun sektoriell lösen, was von der EU abgelehnt wird. Das war vorauszusehen. Will der Bundesrat nur weitere Zeit gewinnen? Will er die Fragen aussitzen bis nach den Wahlen 2023? Ich weiß es nicht und hoffe immer noch auf Fortschritte. Denn die ungelösten Fragen rund um die Forschungsabkommen, die Äquivalenzen, Erasmus etc. schaden unserem Land, der Wirtschaft, der Wissenschaft und unserem Ansehen als verlässlicher Partner. Klarheit zu schaffen ist wichtig. Unsicherheit haben wir aufgrund der Pandemie schon genug, und mit dem Krieg in der Ukraine hat sie zugenommen und wird weitere, große wirtschaftliche Bremsspuren hinterlassen. Der Krieg führt uns deutlich vor Augen, dass die westliche Welt mit ihren Werten kooperieren sowie Demokratie und Freiheit verteidigen muss und wir nur zusammen stark sind. Der Block Europa ist zu stärken und nicht zu schwächen.

Die Abhängigkeit insbesondere Deutschlands vom russischen Gas zeigt, dass die günstigste nicht immer die beste Lösung ist. Wir alle

bezahlen nun einen hohen Preis für diese Abhängigkeit. Sie wird sich nicht von heute auf morgen lösen lassen. Wir müssen auf verlässliche Partner setzen, die Verträge, Regeln sowie Werte achten, und unsere Möglichkeiten, selber Energie zu produzieren, realisieren. Wenn immer möglich auch hier im Verbund mit der EU, weil wir dazu stabile Netze benötigen und bei Mangellagen den Zugang zum europäischen Strombinnenmarkt. Auch hier hat sich unsere bisher skeptische bis ablehnende Haltung als Bumerang erwiesen, weil Stromexporte aus der EU nicht mehr so einfach zu kriegen sind. Der Preis für das Abkommen ist auch hier gestiegen.

Mir gefällt auch nicht jede Entwicklung in der EU. Aber bei nüchterner Betrachtung ist sie die verlässlichste, stabilste und uns am nächsten liegende Partnerin. Auch wenn wir in vielen Bereichen stark aufgestellt sind, benötigen wir als kleines Land mit wenig Rohstoffen und Exportabhängigkeit gute Partner. Das ist und bleibt die EU, unsere Nachbarin. Der bilaterale Weg ist maßgeschneidert und hat sich als klug erwiesen. Ihn zu ergänzen mit weiteren Bereichen wie Energie, Gesundheit, Sicherheit, Digitales und eine Reform bei Schengen/Dublin stärkt beide Seiten. Dass es dazu auch gemeinsame Regeln für den Binnenmarkt benötigt, ist unumgänglich. Nachbar sein bedingt Kompromisse und gemeinsame Spielregeln. Die Schweiz muss somit mehr agieren, mehr wissen, was sie will. Oft sind wir zu sehr detailverliebt. Umgekehrt ist die EU wenig pragmatisch und pocht zu sehr auf den *Acquis communautaire*. Schauen wir vermehrt auf das große Ganze statt auf Einzelfragen. Vielleicht lohnt es sich, einmal mehrere Tage zu verhandeln und zu einem Ergebnis zu kommen, statt alle paar Monate für einige wenige Stunden nach Brüssel zu reisen. Die Zeit ist reif. Der Krieg in Europa wirft neue Fragen auf und muss unseren Einsatz für Demokratie, ein friedliches Miteinander, für multilaterale Regeln und insbesondere das Völkerrecht stärken. Abseitsstehen, zuschauen, sich irgendwie durchwursteln – das wird kein Zukunftsrezept sein für unser kleines Land mitten in Europa. Verschaffen wir uns wieder Respekt und Anerkennung. Es gibt genügend Bereiche, wo andere von uns lernen können, wo wir Vorbild sind.

Doris Leuthard
Altbundesrätin